



Chinas Handel geht größtenteils über Routen durchs Ost- und Südchinesisches Meer. Berater der Bundesregierung diskutieren, wie sich daraus an der Seite der USA strategische Vorteile erzielen lassen.
 Von Jörg Kronauer

Klartext

Ist das Grundgesetz »überholt«? BRD will künftig autonom entscheiden, gegen wen sie Krieg führt

3

Rückendeckung

NSU-Prozess: Keine Zeugenvernehmung von V-Mann, der mutmaßlichen Haupttäter beschäftigte

4

Staatsstreich

In Brasilien vollzieht sich ein geopolitisch folgenreicher Machtwechsel. Linke sucht Gegenstrategie

7

Luftnummer

Bild schlägt wieder einmal Alarm: Ein geheimes Terrornetzwerk Putins überzieht Europa. Interview

8



Immer wieder werden Menschen aus dem Mittelmeer gerettet, wie hier am 13. September 2015 vor der griechischen Insel Lesbos. Oft aber kommt jede Hilfe zu spät

EU begeht Verbrechen

Internationale Organisationen bestätigen Tod von bis zu 500 Flüchtlingen im Mittelmeer. Bundesinnenminister: »Das Abkommen mit der Türkei wirkt«. Von André Scheer

Die EU-Staaten haben am Donnerstag in Luxemburg weiter darum geschachert, wie viele Menschen jedes Land im Rahmen des Abkommens mit der Türkei aufnehmen soll. Im März hatten Brüssel und Ankara vereinbart, alle »illegal« auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge in die Türkei abzuschicken. Im Gegenzug soll Ankara für jeden Deportierten eine andere Person in die EU schicken. Seit Anfang April waren das nach Informationen der Nachrichtenagentur AFP exakt 103 Syrer. Noch immer sind sich die EU-Staaten jedoch nicht einig, wie diese Menschen verteilt werden sollen. Die Bundesregierung bot am Donnerstag an, wöchentlich 100 Syrer aufzunehmen – bis zu einem »Deckel« von 1.600 Personen, wie Reuters schrieb. Diese Zahl wäre also nach vier Monaten erreicht.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte am Rande des EU-Gipfeltreffens, das Abkommen mit der

Türkei wirke, weniger Menschen kämen in Griechenland an. So kann man es auch formulieren. Wenige Stunden zuvor hatten die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR Berichte bestätigt, nach denen in den vergangenen Tagen im Mittelmeer bis zu 500 Menschen ertranken, die von Ägypten und Libyen aus versucht hatten, Europa zu erreichen. Wie die beiden Organisationen nach Aussagen von Überlebenden mitteilten, seien rund 200 Menschen vom libyschen Tobruk aus in einem oder mehreren Booten aufgebrochen. »Nach einiger Zeit auf See sollten sie auf ein größeres Schiff umsteigen, auf dem bereits andere Menschen waren«, sagte UNHCR-Sprecherin Barbara Molinaro der Deutschen Presse-Agentur. »Das andere Boot war jedoch völlig überfüllt und ist während des Umstiegs gekentert.« Vermutet wird, dass es sich bei diesem größeren Schiff um ei-

nes handelte, das mit 500 Menschen an Bord in Ägypten abgelegt und dessen »Verschwinden« am Montag zunächst der arabische Dienst der BBC gemeldet hatte.

Nach Angaben der IOM steigt damit die Zahl der Menschen, die seit Jahresbeginn auf der Flucht nach Europa über das Mittelmeer ihr Leben verloren haben, auf mehr als 1.232. Damit entspricht die Zahl nahezu dem Wert des Vorjahres. 2015 waren bis Ende April 1.733 Menschen ertrunken. Vor fast genau einem Jahr war der Tod von 800 Menschen, die beim Untergang eines Boots vor der libyschen Küste starben, Anlass für Krokodilstränen zahlreicher europäischer Politiker. De Maizière formulierte damals: »Die EU trägt daran keine Schuld, aber wir tragen Verantwortung für die Lösung dieser Themen.«

Ein Jahr später gibt es noch immer praktisch keine legalen Wege für Schutzsuchende in die EU. Die euro-

päischen Staaten haben sich in den vergangenen Monaten noch mehr abgeriegelt als zuvor. In Deutschland brennen täglich Flüchtlingsunterkünfte. Die Türkei wird mit Milliarden Euro dafür belohnt, Flüchtlinge von der Weiterreise in die EU abzuhalten. Die Bundestagsabgeordnete Annette Groth (Die Linke) kommentierte das am Donnerstag: »Menschen in die Türkei abzuschicken, die Geflüchtete bekanntermaßen auch in Länder wie Afghanistan oder Syrien zurückschiebt und scharf auf Flüchtlinge schießt, ist ein Verbrechen.«

Der Bundesinnenminister dagegen will das mit Ankara erprobte Modell weiter ausdehnen. Entsprechende Abkommen gibt es bereits mit Marokko, Tunesien und Algerien. In der vergangenen Woche enthüllte zudem das ARD-Magazin »Monitor«, dass die EU Allianzen mit den Machhabern in Eritrea, Sudan, Äthiopien und Somalia vorbereitet (jW berichtete).

»Panama Papers« seit Jahren bekannt

Panama. Die USA sind offenbar tiefer in die »Panama Papers« und die Machenschaften der Kanzlei Mossack Fonseca verstrickt, als bislang bekannt war. Wie die Tageszeitung *La Estrella de Panamá* am Donnerstag berichtete, wurden zumindest Teile der Dokumente aus der Kanzlei bereits ab 2008/2009 verkauft, und zwar nicht nur an die *Süddeutsche Zeitung*, sondern auch an die US-Administration. Unklar sei nur, ob Washington das Material vor oder nach den deutschen Journalisten erhalten hat. Verantwortlich sei eine Angestellte gewesen, die aus persönlichen Rachemotiven gehandelt habe. Zudem weist das Blatt darauf hin, dass Mossack Fonseca eng mit den US-Geheimdiensten verbunden gewesen sei. So sei die Firma in den Iran-Contra-Skandal verwickelt. Die CIA hatte in den 80er Jahren illegale Waffenverkäufe an den Iran und Drogengeschäfte genutzt, um die konterrevolutionären Banden in Nicaragua zu finanzieren. (PL/W)

Schäuble will späteren Renteneintritt



Berlin. Mit seiner Forderung nach einem späteren Renteneintritt ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU/Foto) auf energische Ablehnung des Koalitionspartners SPD gestoßen. Unterstützung bekam Schäuble vom Wirtschaftsflügel der Union und dem deutschen EU-Kommissar Günther Oettinger. Die Junge Union (JU) forderte die Anhebung des Rentenalters von 67 auf 70 Jahre ab 2030.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warf Schäuble vor, die Rentenleistungen weiter verschlechtern zu wollen. »Jede Anhebung der Regelaltersgrenze ist de facto eine verdeckte Rentenkürzung.« Die Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht, kommentierte: »Wer arm ist, stirbt früher, und wer einen harten Job hat, kann nicht bis 70 arbeiten.« (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 1.828 Genossinnen und Genossen (Stand 15.4.2016)
 www.jungewelt.de/lpg

Neue Streikkultur in den Kliniken

Tausende Krankenpflegerinnen haben am Donnerstag ihre Arbeit niedergelegt

Die Belegschaften von gut 140 Krankenhäusern beteiligten sich am Donnerstag am »Klinikstreiktag«. Betroffen waren Einrichtungen in 13 Bundesländern, wie ver.di am selben Tag mitteilte. Wohl 10.000 Menschen dürften am Ausstand teilgenommen haben.

Hintergrund des Warnstreiks sind die Verhandlungen um den Tarifvertrag des öffentlichen Diensts (TVöD), der auch die Arbeitsbedingungen vieler Klinikbeschäftigter regelt. Ver.di fordert für die Beschäftigten sechs Prozent mehr Lohn. Dies war von Bund und Kommu-

nen zurückgewiesen worden.

In vergangenen Jahren hatte die Gewerkschaft die Streiktätigkeiten von Kliniken eher unter »ferner liefen« verbucht, wie eine Berliner ver.di-Sekretärin am Donnerstag gegenüber jW erklärte. Das habe auch daran gelegen, dass bei bisherigen Streiks stets Personal auf den Stationen blieb. Betten wurden nicht geräumt, den Häusern entstand kein finanzieller Schaden. Mittlerweile teilt die Gewerkschaft den Betreibern nur noch mit, welche Stationen geschlossen werden müssen.

Im Saarland weigerte sich das Kli-

nikum Saarbrücken, eine solche Notdienstvereinbarung abzuschließen. Das Unternehmen wies laut ver.di seine Beschäftigten an, trotz des Streikaufrufs auf ihren Stationen zu bleiben. Dennoch beteiligten sich am Donnerstag Beschäftigte am Ausstand, wie ver.di-Sekretär Michael Quetting gegenüber jW hervorhob.

In Berlin wehrt sich insbesondere der Klinikbetreiber Vivantes gegen eine Notdienstvereinbarung. Am kommenden Montag und Dienstag wollen die Beschäftigten in dessen Häusern rund 550 Betten räumen lassen – etwa

ein Zehntel aller Betten. Streiken werde man auch, wenn das Unternehmen weiter eine Verabredung ablehnt, sagte Janine Balder, für den Konzern zuständige ver.di-Sekretärin, am Donnerstag. Auch die Charité habe diesmal keine Notdienstvereinbarung unterzeichnet. Auf den Arbeitskampf in der Universitätsklinik geht die neue Streikform zurück. Allerdings gebe es Signale, dass in der Charité dennoch die verlangten 500 Betten geräumt würden. Kein Abkommen mit ver.di treffen zu wollen, sei also eher als »Solidarität unter Arbeitgebern« zu verstehen. Johannes Supe

